

DEUTSCHER BUNDESTAG
Ausschuss für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe

11011 Berlin, 4. Oktober 2012
Platz der Republik 1
Tel.: (030) 22 7-3 35 50
Fax: (030) 22 7-3 60 51

**Bericht
über die Delegationsreise
des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre
Hilfe zum Vatikanstaat (Rom)
vom 5. – 7. Juni 2012**

I. Allgemeine Vorbemerkungen und Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Delegationsreise des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages war vom Präsidium als eine fünfköpfige Delegationsreise genehmigt worden. Aus terminlichen Gründen konnten an der Reise dann nur drei Abgeordnete teilnehmen:

Ute Granold, CDU/CSU (Delegationsleiterin),
Michael Brand, CDU/CSU (stellvertretender Vorsitzender),
Wolfgang Gunkel, SPD.

Neben den Gesprächen mit Kurienvetretern und NGOs nahmen die Abgeordneten auch an einer Generalaudienz des Papstes teil. Der Delegationsleiterin wurde es ermöglicht, den Papst zu begrüßen.

Diese Delegationsreise stand - wie schon einige andere Reisen des Ausschusses - unter dem Schwerpunktthema der „Religionsfreiheit“. In den Gesprächen mit den italienischen Abgeordneten und der Gemeinschaft Sant'Egidio wurden zudem Fragen der Migration, der Situation von Sinti und Roma, der Armut- und Aidsbekämpfung in Afrika und in dem Gespräch mit Caritas Internationalis sowie dem Flüchtlingsdienst der Jesuiten die Situation von Flüchtlingen weltweit erörtert. Darüberhinaus erhielt die Delegation ein Briefing durch Botschafter Dr. Scheweppe und Prälat Dr. Eugen Kleindienst, bei dem ebenfalls intensiv über den interreligiösen Dialog und die Situation der Christen im nahen Osten diskutiert wurde.

In den Gesprächen mit den Kardinälen und mit Justitia et Pax betonten die Gesprächspartner gegenüber den Abgeordneten, wie wichtig der Einsatz für die Religionsfreiheit als ein grundlegendes Menschenrecht sei. Die Abgeordneten sollten sich weiterhin dafür stark machen und gemeinsam mit der Bundesregierung dazu beitragen, dass dieses Anliegen auf die internationale Ebene gehoben werde, um so die Aussicht auf Erfolg zu erhöhen. Ein großes Problem, das von beiden Seiten gesehen wurde, ist die Uneinigkeit der Christen und der Mangel an Kenntnis über die christliche Religion und den christlichen Glauben.

Da in den Gesprächen mit den Kardinälen (S. Em. Jean-Louis Kardinal Tauran, Präsident des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog, S. Em. Leonardo Kardinal Sandri, Präfekt der Kongregation für die Orientalischen Kirchen und S. Em. Kurt Kardinal Koch, Präsident des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen) die Vertraulichkeit betont wurde, werden hier nur die Gesprächsthemen vermerkt: Religionsfreiheit als grundlegendes Menschenrecht, Ergebnisse und Erkenntnisse aus Reisen des Ausschusses zu diesem Thema, die Rede des Papstes im Deutschen Bundestag, interreligiöser Dialog, friedliche Konfliktlösung, Bildung an Schulen und Hochschulen, die Situation im Nahen Osten, insbesondere in den Ländern des sogenannten „Arabischen Frühlings“, die Situation von Christen in der Türkei und in den Balkanstaaten, der Einfluss von Salafisten, auch in Deutschland. Vor allem bei dem Thema der Religionsfreiheit wurde deutlich, dass es in vielen Ländern eine Diskrepanz gibt zwischen der positiven de jure- und der negativen de facto-Situation und es gerade in diesen Ländern darauf ankommt, den interreligiösen Dialog zu führen und das Thema auf die internationale Ebene zu heben

Sehr beeindruckend war auch das Gespräch mit den Vertretern von Sant'Egidio, die aufzeigten, wie aus religiöser Überzeugung heraus und mit dem Streben, die

katholische Soziallehre umzusetzen, eine erfolgreiche Armuts- und AIDS-Bekämpfung aussehen kann.

II. Einzelgespräche

1. Jesuit Refugee Service (JRS) und Caritas Internationalis

Der **JRS-Vertreter** verwies darauf, dass der **Jesuitische Flüchtlingsdienst (JRS)** seit 30 Jahren Flüchtlingshilfe betreibe. Bei dem Gespräch mit den Abgeordneten wolle er sich auf einzelne Themen- und Länderschwerpunkte konzentrieren:

- demokratische Republik Kongo: sexuelle Gewalt gegen Frauen und der Mangel an Strafverfolgung
- Syrien: humanitäre Hilfe inmitten eskalierender Gewalt als Form des interreligiösen Dialogs
- Afghanistan: Bildungsarbeit der Jesuiten als Beitrag zur Überwindung des Konfliktes
- Deutschland: das Recht auf Schutz für Asylsuchende und Anfragen an Abschiebungshaft, soziale Ausgrenzung, Grenzsicherung und Umsiedlung
- Sri Lanka: die Militarisierung des Nordens und Menschenrechtsverletzungen gegen eine Minderheit
- Welternährungsprogramm: die Halbierung der Rationen für Flüchtlinge in Lagern
-

Er betonte, wie wichtig die Verfolgung von Straftätern im **Kongo** sei, denn nur so würden die Täter von ihrem Verhalten abgebracht. Wenn sie aber dauerhaft keine Strafe befürchten müssten, sei es sehr schwer, gegen die Straftäter anzugehen. Studien zufolge seien alle 48 Stunden Frauen und Mädchen Opfer von sexueller Gewalt. Die Täter seien meist Mitglieder der bewaffneten Milizen, reguläre Soldaten aber auch Zivilisten. Der JRS habe seine Arbeit in Nordkivu 2008 begonnen. Man habe Camps errichtet für Flüchtlinge aus der Umgebung von Goma. Nachdem diese Camps 2009 plötzlich geschlossen werden mussten, habe der JRS sich bemüht, die Menschen in den Regionen ihres Ursprungs zu betreuen und neue Lager aufzubauen. Derzeit kümmere sich der JRS in zwei Gebieten in Nordkivu um die Flüchtlinge: Masisi und Mvezo.

Mit Blick auf **Syrien**, so der **JRS-Vertreter**, sei wichtig, festzuhalten, dass es sich bei dem derzeitigen Konflikt nicht um einen Konflikt zwischen Muslimen und Christen handele. Es sei in Syrien sogar eher der Fall, dass die Kirchen eng zu dem Regime Assad stünden, da sie Angst vor der Zukunft hätten. Problematisch in Syrien, wo man einen sehr komplexen Konflikt habe, sei aber der zunehmende Einfluss der Salafisten, die von Saudi Arabien unterstützt würden. Beim sogenannten „Arabischen Frühling“, so der JRS-Vertreter, müsse gesehen werden, dass der Einsatz für Menschenrechte und politische Freiheiten sehr gut und wichtig sei, der „Arabischen Frühling“ sich jedoch nicht so entwickle, wie es zunächst erwartet worden sei. Vor allem in Ägypten und Tunesien gebe es noch sehr große Defizite. Hauptziel in der Region, vor allem auch in Syrien, müsse die Strategie der Deeskalation sein. Denn obwohl der Konflikt eine regionale Dimension habe, werde er beeinflusst und gesteuert von überregionalen und internationalen Interessen. Ein großes Problem in Syrien sei zudem die Situation der irakischen Flüchtlinge. Syrien habe großzügig Tausende irakischer Flüchtlinge aufgenommen und sie in den letzten fünf bis sechs Jahren versorgt. Für diese Menschen sei es in Syrien sehr viel sicherer und besser

gewesen als im Irak. Aber auch deren Situation habe sich nun geändert. Für diese Menschen sei es besonders schwer, da sie Flucht und Vertreibung und die damit verbundenen Traumata bereits erlebt hatten und sich dies nun wiederhole. Deshalb sei es sehr wichtig, diese Menschen in ein Resettlement Programm aufzunehmen, um ihnen eine neue Lebensperspektive ohne Angst und Frustration bieten zu können.

An die deutschen Abgeordneten appellierte er, dass sich **Deutschland** für mehr Flüchtlinge öffnen müsse. Die Menschen, die bereits nach Deutschland geflohen seien, hätten ebenfalls konkrete Anliegen an die Regierung, da die deutsche Asylpraxis, vor allem mit Blick auf die Abschiebehaft und die soziale Ausgrenzung, äußerst kritikwürdig sei. Die Menschen wollten lediglich in Frieden leben und man sollte ihnen dazu die Chance geben. Dazu brauche man eine kreative Lösung. Im Übrigen solle man stolz darauf sein, dass die Flüchtlinge nach Europa kommen wollen, denn dies werfe auch ein Licht auf die demokratischen Zustände und die Werte und Errungenschaften in Europa.

Der Vertreter von **Caritas Internationalis** führte aus, seine Organisation sei die Weltorganisation von Caritas und habe 164 Mitglieder. Allein in Rom gebe es 30 Mitarbeiter der Organisation. Man sei aber auch in New York bei den Vereinten Nationen und in Genf beim Menschenrechtsrat vertreten. Aus seiner Sicht seien die größten Herausforderungen derzeit die Wanderungsbewegung vor allem von Frauen und Kindern unter 18 Jahren, Menschenhandel, Ernährungssicherheit, HIV/Aids, der globale Kampf gegen Armut (Erfüllung der Millennium goals) und Frieden und Aussöhnung. Caritas Internationalis habe im Grunde zwei Identitäten: die einer Konföderation und die einer Körperschaft, die demnächst beim Heiligen Stuhl als solche anerkannt werde. Für Caritas Internationalis komme es vor allem auf die Implementierung der WSK-Rechte an. Die Arbeit mit den Ärmsten der Armen stünde für sie im Vordergrund, der Fokus liege nicht auf den politischen Rechten. In Kooperation mit den JRS bemühe man sich, vor allem angesichts von Konflikten, komplementär zu arbeiten. Auch in Syrien und im Kongo gebe es eine enge Zusammenarbeit.

Abg. Granold verwies auf die jüngste Delegationsreise des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe nach Jordanien und in den Libanon, bei der man mit den Flüchtlingen gesprochen habe. Auch aus ihrer Sicht sei das Resettlement Programm ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Deutschland habe hier keine Defizite im Vergleich zu anderen Ländern Europas. Im Übrigen sei es der Initiative des damaligen Bundesinnenministers Schäuble zu verdanken, dass 10.000 irakische Flüchtlinge nach Europa gekommen seien. Deutschland habe allein 2.501 aufgenommen. Dies seien vorwiegend Christen, arme, kranke und auch gut ausgebildete Personen gewesen, die sich erfolgreich in Deutschland integriert hätten. 2008 sei es der Bischof von Syrien gewesen, der Solidarität eingefordert habe. Die CDU/CSU-Fraktion habe als Reaktion den Stefanus-Kreis im Bundestag gebildet und es gebe regelmäßig Treffen mit Christen aus aller Welt. Auch sie wünsche sich von der Kirche mehr Solidarität. Und auch sie sehe das Problem, dass sich die Christen oft nicht einig seien. Dies sei in Ägypten mit den Kopten der Fall, aber auch in Syrien mit den arabischen und nicht arabischen Christen. Bei der Beurteilung der Äußerungen von Christen und der Amtskirche in Syrien müsse ebenfalls bedacht werden, dass diese genau wüssten, wie das Leben unter Assad sei, es aber völlig offen sei, wie sich die Zukunft unter einem neuen Regime

entwickele. Auch unter den Christen in Syrien gebe es Gegner von Assad. Problematisch sei, dass die Christen für ein Sinnbild des Westens und die USA, also den politischen Feind, gelten würden. Dennoch könne festgehalten werden, dass es sich in Syrien nicht um einen religiösen Konflikt handele. Mit dem JRS stimme sie überein, dass die Situation der irakischen Flüchtlinge in Syrien besonders schwer sei und es unverständlich sei, wie problematisch es derzeit sei, diese aus Syrien herauszubekommen. Die Flucht in die Türkei sei letztlich auch keine Lösung für die Iraker. Deutschland werde Iraker aus der Türkei aufnehmen.

Abg. Brand erklärte, die Bildungsarbeit vom JRS sei sehr gut. Ihn interessiere wie der JRS die Situation in Afghanistan einschätze und ob möglicherweise das bisher Erreichte durch den Rückzug der westlichen Staaten gefährdet sein könne. Es gebe auch NGOs, wie zum Beispiel pax christi Deutschland, die sagten, man solle schnell militärisch abziehen, denn schon jetzt sei zu befürchten, dass das Erreichte zusammenbreche.

Der **JRS-Vertreter** erwiderte, aus seiner Sicht sei die Situation in Afghanistan militärisch nicht zu lösen. Man brauche sehr viel Zeit, um eine neue Generation von Menschen auszubilden, die zivile Wünsche und Ziele habe. Es sei ganz wichtig, die junge Generation zu fördern. Die Taliban könnten den Krieg gegen die Amerikaner gewinnen, nicht aber gegen junge Frauen und junge Menschen, die andere Werte und Dinge anstrebten. Afghanistan könne ohnehin nicht allein betrachtet werden. Die Situation dort werde sich nicht verbessern solange die Konflikte mit Indien und Pakistan nicht geklärt seien. Mit der internationalen Präsenz könne der Konflikt in Afghanistan niedrig gehalten werden und es könne eine gewisse Stabilität und Sicherheit geben. Seine Organisation arbeite allerdings ohne militärische Hilfe. So problematisch der Militäreinsatz in Afghanistan sei, müsse aber auch gesehen werden, dass es ein großes Problem wäre, das Land sich selbst zu überlassen.

Der Vertreter von **Caritas Internationalis** betonte, es sei bei ziemlich allen Konflikten dieser Erde wichtig, zu verhandeln. Letztendlich könnten alle Probleme durch Verhandeln gelöst werden. Hierbei könne die Kirche eine Mediatorenrolle übernehmen. Wichtig sei es, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, um Verhandlungen zu ermöglichen. Dies gelte auch für Länder wie Somalia, wo es keine funktionierende Regierung gebe oder Sri Lanka, wo es keinen wirklichen Frieden gebe. Dialog und Verhandlung seien die einzige Lösung.

Abg. Gunkel ergänzte, dass es bei Konflikten auch darauf ankomme, einen Ausgleich der Religionen zu erreichen. Hierzu gehörten gegenseitige Anerkennung und Respekt. In Ländern wie Afghanistan und Syrien bedeute das auch, dass man uneigennützig Hilfe leisten könne, es aber keine Missionierung geben dürfe. Die Jesuiten, die hervorragende Arbeit leisteten, könnten vielleicht ohne Militär arbeiten, es gebe aber andere Akteure, die auf die Unterstützung des Militärs angewiesen seien. Den Vorwurf des JRS, die Amtskirche habe sich in Syrien auf die Seite von Assad gestellt, habe er mit Bestürzung wahrgenommen. Er teile die Meinung von Abg. Granold, dass es durchaus Christen gebe, die gegen das System seien und eine Ablösung von Assad forderten. In diesem Land halte er eine Verhandlungslösung für völlig illusorisch. Man müsse auch das gefährliche Umfeld sehen, in dem die Christen in Syrien leben.

2. Justitia et Pax

Die Abgeordneten trafen sich auch mit einer hochrangigen Vertreterin des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden (Justitia et Pax). Sie erläuterte ihnen den Aufbau von Justitia et Pax. Ein Team von Laien, Ordensleuten und Priestern verschiedener Nationalitäten wirke bei der Durchführung der Programme des Rates mit. Der Päpstliche Rat bestehe aus etwa 40 Mitgliedern und Beratern, die der Papst persönlich für eine Zeit von fünf Jahren ernannt. Die Mitglieder stammten aus der ganzen Welt und versammeln sich regelmäßig in Rom zur Vollversammlung, um nach ihren verschiedenen beruflichen und pastoralen Erkenntnissen und Engagements zur Aufstellung der Grundlinien für die Arbeit des Rates beizutragen.

Die **Delegationsleiterin** wies darauf hin, dass für die deutschen Abgeordneten das Thema der Islamisierung in Afrika und die Frage der Religionsfreiheit als Menschenrecht im Vordergrund stünden. Auch sei interessant, zu erfahren, wie man als deutscher Abgeordneter Justitia et Pax helfen könne.

Die Vertreterin von **Justitia et Pax** betonte, dass man sich ähnlichen Themen widme. Die Religionsfreiheit sei auch ein sehr wichtiges Anliegen des Heiligen Stuhls, und zwar schon seit Johannes Paul II. An dem Grad der Religionsfreiheit könne man auch den Stand der Demokratie in einem Land erkennen. 2011 sei die Frage der Religionsfreiheit eines der zentralen Themen der päpstlichen Botschaft gewesen. In den europäischen Ländern sei es leider so, dass die Christen „veralteten“. Deswegen sei es auch wichtig, Zugang zu jungen Leuten zu bekommen. Aus religiöser Sicht gebe es die Vision eines Menschen, bei dem Seele, Geist und Körper eine Einheit bildeten. Die Krise des Abendlandes resultiere auch daher, dass die Notwendigkeit dieser Einheit nicht mehr gesehen werde.

Der interreligiöse Dialog sei ein Querschnittsthema. Alle Ministerien des Vatikan beschäftigten sich damit, auch wenn es einen eigenen Päpstlichen Rat für den interreligiösen Dialog gebe. Soziale Themen und die katholische Soziallehre seien ebenfalls von großer Bedeutung. Deshalb kooperiere man eng mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf. Justitia et Pax habe eigens zur Arbeitswelt eine Broschüre erarbeitet.

Die Vertreterin von **Justitia et Pax** ging ebenfalls kurz auf die Situation in den Ländern des Arabischen Frühlings ein und erklärte, die Lage der Christen dort sei besonders schwer. In Ägypten, zum Beispiel, habe sich die Lage eindeutig verschärft. Problematisch sei, dass zunehmend auch junge Christen aus dem Irak und aus Syrien nach Europa fliehen wollten. Einerseits sei dies verständlich, da sie dort eine bessere Zukunft hätten und Krieg und Armut hinter sich ließen, andererseits könnten gerade die jungen Christen in den arabischen Ländern eine Brücke zwischen Arabern und Juden sein.

Sie betonte ferner den engen Zusammenhang zwischen Arbeit im sozialen Bereich und den Menschenrechten. Justitia et Pax arbeite sehr eng mit Universitätsprofessoren zusammen und versuche, ökonomische Gegebenheiten mit der katholischen Soziallehre zu verknüpfen. Vorrangig bei der Arbeit von Justitia et Pax seien Gerechtigkeit, Friede und Menschenrechte. Johannes Paul II. habe in seinen Verlautbarungen die Würde der menschlichen Person als Grundlage zur

Förderung und Verteidigung ihrer unveräußerlichen Rechte in den Mittelpunkt gestellt.

3. Gemeinschaft Sant'Egidio

Das Treffen mit den Vertretern von Sant'Egidio fand in einem Restaurant statt, das zu der Gemeinschaft Sant'Egidio gehört, eine Genossenschaft ist und von geistig Behinderten geführt wird. In den Anfangszeiten war das Restaurant auf Sponsoren angewiesen, jetzt trägt es sich selbst. Die Behinderten kellnern nicht nur, sondern erledigen auch den Einkauf und machen die Buchführung. In dem Restaurant arbeiten nur wenig nicht Behinderte, zum Beispiel der Koch. In diesem Restaurant werden inzwischen auch geistig Behinderte ausgebildet, um danach in anderen Restaurants in Rom zu arbeiten.

Zu Beginn des Gesprächs erläuterte der Direktor von **Sant'Egidio** die Arbeit der internationalen Vereinigung, die 1968 in Rom entstanden ist. Im Rahmen der Erneuerung, die durch das Zweite Vatikanische Konzil eingeleitet wurde, habe der Gründer, der damals 18 Jahre alt war, einen Weg gesucht, um sein eigenes Leben - auch vor dem Hintergrund der Studentenrevolution - neu zu gestalten und sinnvoll einzurichten. Der Ansatz sei gewesen, dass, wenn man die Welt verändern wolle, man bei sich selbst beginnen müsse. Von Beginn an habe Sant'Egidio mit Armen gearbeitet. Und auch heute werde Sant'Egidio insbesondere von jungen Leuten mitgetragen, die die Ansprüche der Bibel selbst erfüllen und leben wollen. Insgesamt arbeiteten über 60.000 freiwillige Mitarbeiter in mehr als 70 Ländern in der Welt und setzten sich für die Weitergabe des Evangeliums, Solidarität mit den Ärmsten, den Dialog unter den christlichen Kirchen und den großen Weltreligionen sowie konkret für den Frieden in verschiedenen Konflikten und Kriegen ein. In Europa, so die Vertreter von Sant'Egidio, werde die Gemeinschaft als Non-Profit-Organisation und gemeinnützige Vereinigung anerkannt und wegen der Friedensarbeit sei ihr von den Vereinten Nationen ein ECOSOC-Status zuerkannt worden. Ein Drittel der Gemeinschaften von Sant'Egidio lebe in Afrika südlich der Sahara. Für den Einsatz in Afrika habe Sant'Egidio den UNESCO Friedenspreis erhalten.

Weltweit setzt sich Sant'Egidio vor allem für die Kinderrechte ein und den Kampf gegen AIDS. Vor allem in Afrika gebe es spezielle Programme zur Registrierung von Kindern nach der Geburt, um ihnen so auch den Zugang zur Schulbildung zu ermöglichen. Pro Jahr würden etwa 51 Millionen Kinder, also ungefähr ein Drittel aller Neugeborenen, nicht bei den Meldebehörden erfasst. Sant'Egidio schätzt, dass in Afrika südlich der Sahara sieben von zehn Kindern nach der Geburt nicht registriert werden. Dies habe zur Folge, dass aus rechtlicher Sicht diese Kinder nicht existierten. Dies verstoße gegen die UN-Konvention über die Rechte des Kindes, die festlege, dass das Kind unverzüglich nach seiner Geburt in ein Register einzutragen sei. In zahlreichen Ländern Afrikas helfe Sant'Egidio deshalb bei der Registrierung der Neugeborenen, aber auch bei dem Aufbau von Einwohnermeldebehörden. Hierzu habe man ein spezielles Programm ins Leben gerufen: BRAVO (Birth Registration for All Versus Oblivion).

Sehr erfolgreich, so die Vertreter von **Sant'Egidio**, seien auch die AIDS-Bekämpfungsprogramme in Afrika. Es sei wichtig, das Recht für Jeden und Jede auf medizinische Behandlung durchzusetzen. Man müsse mit dem Tabu brechen, dass AIDS in Afrika nicht behandelbar sei, alleine schon wegen des anderen

Lebensrhythmus. Auch in Afrika sei es möglich, mit bestimmter Medikation regelmäßig und systematisch zu behandeln. Man müsse den Menschen in Afrika die gleiche Behandlung geben wie den Menschen in Europa. Einen besonderen Schwerpunkt lege man dabei auf die Prävention der Mutter-Kind-Übertragung von HIV. So sei es gelungen, das Risiko einer Ansteckung von der Mutter auf das Kind um das zehnfache zu reduzieren.

Häufig beziehe man die notwendigen Medikamente aus Indien, da sie dort billiger seien als die europäischen Medikamente. Die **Delegationsleiterin** bot an, einen Kontakt zu einem Pharmakonzern in ihrem Wahlkreis herzustellen, um eventuelle direkte Medikamentenspenden an Sant'Egidio zu ermöglichen. Die Firma habe lange kostenlos Medikamente nach Afrika geschickt, um dann feststellen zu müssen, dass sie durch Korruption und Schlepper auf dem Markt in Osteuropa wieder auftauchten. **Sant'Egidio** erklärte, dass es auch wichtig sei, die Budgethilfe an einzelne Staaten besser zu kontrollieren. Aus ihrer Sicht, sei es nicht sinnvoll, überhaupt Budgethilfe zu leisten, da diese häufig nicht für den Zweck verwendet werde, für den sie ursprünglich vorgesehen sei. Multilaterale Ansätze führten oft zu Missbrauch. Sinnvoller sei es deshalb, bilateral zu agieren.

Auf Nachfrage der Delegation betonten die Vertreter von **Sant'Egidio**, dass die Gemeinschaft sich aus zahlreichen Einzelgemeinschaften zusammensetze und es keine zentrale Kontrolle von Rom aus gebe. Die Reisen von Mitgliedern von Sant'Egidio nach Rom dienten häufig dem Kontaktaustausch und der Freundschaft innerhalb der Gemeinschaft. Man sei keine Pyramide sondern ein starkes Netz persönlicher Freundschaften. Man habe eine Satzung und wähle alle vier Jahre eine Präsidentschaft mit Vertretern aus der ganzen Welt. Die Verwaltungskosten lägen bei unter vier Prozent, was auch daran liege, dass alle Mitglieder ehrenamtlich tätig seien. Die meisten hätten einen Beruf und könnten diesen auch für die Gemeinschaft einbringen, wie zum Beispiel Ärzte und Krankenschwestern.

4. Gespräch mit dem italienischen Parlament (Ständiger Ausschuss für Verfassungsfragen und Inneres des Abgeordnetenhauses)

Während der Delegationsreise, die sich auf Gespräche mit Vertretern des Vatikanstaates konzentrierte, führten die Abgeordneten auch ein Gespräch mit italienischen Parlamentariern. Im Palazzo Montecitorio trafen sie sich mit dem Ständigen Ausschuss für Verfassungsfragen und Inneres des Abgeordnetenhauses. Dieses Gremium ist unter anderem zuständig für Fragen der Migration. Der Vizepräsident des italienischen Parlamentes, **Rocco Buttiglione**, ließ es sich nicht nehmen, die Abgeordneten am Eingang des Gebäudes zu begrüßen und zum Sitzungssaal zu führen.

Der Vorsitzende des Ausschusses, **Donato Bruno**, empfing die Abgeordneten und stellte ihnen seine Kollegen des Ausschusses der verschiedenen Parteien vor. Er betonte, dass die parlamentarischen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien seit Jahren sehr eng und intensiv seien und man in vielen Bereichen ähnliche Probleme habe. Mit Blick auf den von der Delegationsleitung angesprochenen Interessenschwerpunkt - Fragen der Migration - wolle er einige erläuternde Bemerkungen zur italienischen Gesetzgebung und zu Institutionen in Italien machen.

Legal lebten in Italien etwa fünf Millionen EU- und Nicht-EU-Ausländer. Während 2010 noch etwa 328.000 Neuzuwanderer zu verzeichnen gewesen seien, habe sich diese Zahl im Jahre 2011 auf 289.000 Personen reduziert. Es gebe allerdings eine große Anzahl illegaler Einwanderer, worüber jedoch keine offiziellen Zahlen vorlägen. Seit die Regierung Monti (November 2011) im Amt sei, gebe es einen anderen Umgang mit der Frage der Migration. So sei Andrea Riccardi als Minister ohne Geschäftsbereich ernannt worden und in dieser Funktion auch zuständig für die Außenpolitik und die Immigration sowie Migration. Zunehmend komme nun der Gesichtspunkt der Integration ins Blickfeld. Die Regierung habe deshalb erste Maßnahmen für eine nationale Strategie zur Integration entwickelt. Diese beziehe sich auch und vor allem auf die Sinti und Roma, die in Italien leben. Diese nationale Strategie stehe in Einklang mit der im April 2011 verabschiedeten EU-Resolution zu Sinti und Roma und zu der 2012 verfassten Entschließung zu einer EU-Strategie zu Sinti und Roma. Nun gehe es darum, eine angemessene Gesamtstrategie zu erarbeiten und zu verabschieden. Es lägen auch schon Gesetzesvorschläge des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu Sinti und Roma vor.

Auf die Nachfrage der **Delegationsleitung**, wie die Situation in Lampedusa sei, wie sich die Situation der Flüchtlinge aus Afrika in Italien darstelle und wie Italien mit den Opfern von Menschenhandel umgehe, erklärte **Bruno**, um die Flüchtlingsflut einzudämmen habe man Abkommen mit nordafrikanischen Staaten geschlossen. In letzter Zeit seien bereits weniger Flüchtlinge an der Küste angelandet und diese würden zunächst Erste Hilfe bekommen und medizinische Versorgung. Danach würden Sicherheits- und Einwanderungsfragen geklärt. Je nach Ergebnis würden die Menschen in das Herkunftsland abgeschoben. Die Mehrzahl seien jedoch Asylbewerber. Bisher habe man in Italien jedoch kein gültiges Asylrecht, bis Ende der Legislaturperiode wolle man aber ein neues Gesetz erarbeiten. Die Situation sei sehr ernst und man brauche eine Lösung.

Die Fragen der italienischen Abgeordneten bezogen sich auf Sprachprobleme von Sinti und Roma und wie Deutschland mit ihnen umgehe. Von Interesse sei zudem, so die italienischen Abgeordneten, ob es in Deutschland eine übergreifende Instanz gebe, die die Einhaltung der Menschenrechte und politische Übereinkommen kontrolliere. Die **Delegationsleitung** erklärte, dass die Einhaltung der Menschenrechte durch das Grundgesetz geschützt sei und es zudem staatliche Überwachungsinstanzen wie den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt und das Deutsche Institut für Menschenrechte gebe.

III. Dank

Der Erfolg der Delegationsreise in den Vatikanstaat ist vor allem der hervorragenden und kompetenten Betreuung bei der Planung und Durchführung durch die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl zu verdanken. Der Dank gilt ferner der bilateralen deutschen Botschaft in Rom, die den Gesprächstermin mit dem italienischen Abgeordnetenhaus ermöglichte. Ein Dank geht ebenfalls an die politischen Abteilungen und das Parlaments- und Kabinettsreferat des Auswärtigen Amtes. Zu danken ist insbesondere auch den beiden Dolmetscherinnen vor Ort, die

die Kommunikation zwischen den deutschen Gästen und den Gesprächspartnern vor Ort erst ermöglichten.